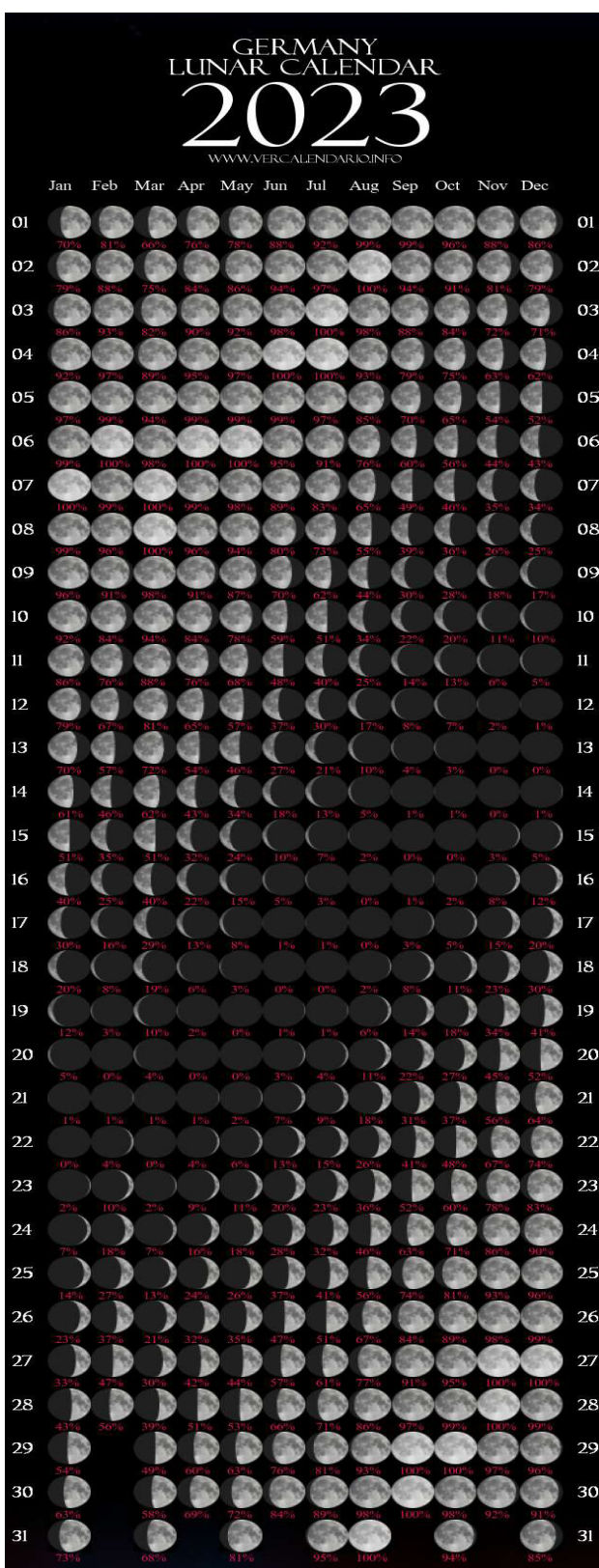


Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 128 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 02.01.2023



Bildquelle: www.vercalendario.info

Hallo 2023

du wirst ein Spitzenjahr,

Endlager für den Atommüll von allen (Bund, Länder, Gemeinden) nach objektiven Gesichtspunkten gestartet wird, ohne dass einer der „Mitspieler“ sein Gebiet vorab ausschließt.

- weil in diesem Jahr der Krieg in der Ukraine beendet werden wird. Russland wird sich auf sein Staatsgebiet zurückziehen und die Ukraine wird auf Reparationen verzichten, eine Aufnahmeantrag für die EU stellen und für zehn Jahre auf eine Mitgliedschaft in der NATO verzichten, damit Russland nicht „das Gesicht verliert“.
- weil Deutschland nach Beendigung des Krieges in der Ukraine den Import russischen Gases nicht wiederaufnehmen wird um die Energiewende nicht zu gefährden.
- weil die Integration von Flüchtlingen (nicht nur aus der Ukraine) sehr gute weiter gehen wird und so dringend benötigt Arbeitskräfte nach Deutschland kommen werden.
- weil die politischen Parteien erkennen werden, dass nicht nur die Einwanderung von Fachkräften sinnvoll ist, da auch Deutsche erst ausgebildet werden müssen und mindestens ersten 15 Jahre ihres Lebens nur Kosten verursachen.
- weil in Deutschland die letzten drei Atomkraftwerke spätestens am 15. April 2023 abgeschaltet werden und dann die Produktion von „für Ewigkeit“ strahlenden Atommülls in Deutschland der Vergangenheit angehören wird.
- weil die Suche nach einem

- weil im ersten Quartal die Bürokratie so weit abgebaut wird, dass Windräder innerhalb eines Jahres geplant und die Baustellen eingerichtet werden können.
- weil Photovoltaik für Bürger entbürokratisiert und somit möglich wird. Auf alle Privathäuser werden die Menschen so viele PV-Felder installieren dürfen wie sie wollen, wenn sie einen entsprechenden Stromzähler haben. Am Jahresende wird nur noch abgelesen werden müssen, wie viel Strom bezogen bzw. eingespeist wurde. Die Differenz muss bezahlt bzw. vom Stromversorger vergütet werden. Der ganze „Bürokratieoverhead“ wird verschwinden – einfach so.
- weil Bund und Länder gemeinsam (besonders für Bayern eine neue Erfahrung) gemeinsam die Batterieforschung und -fertigung für den stationären und mobilen Einsatz fördern werden, damit die Produktion in Deutschland bleibt und sich alle Bürger (mit PV-Anlage) einen Batterie in die Garage stellen können.
- weil die deutschen Autohersteller sinnvolle Elektroautos auf den Markt bringen werden. Kleine, leichte, schlicht ausgestattete E-Autos mit einer Reichweite von ca. 120 Kilometern, welche für 95 Prozent aller Fahrten ausreichen und unter 15000 Euro kosten werden. Die deutschen Hersteller werden dies schaffen, bevor die chinesischen Autohersteller mit genau diesen E-Autos den europäischen Markt aufrollen werden. Damit wird Deutschland Autoland bleiben und weltweit erfolgreich sein.
- weil Bildungspolitik*innen ehrliche Aussagen treffen werden. Sie werden besonders allen Eltern erklären, dass nicht jedes Kind für das Gymnasium - manchmal auch nicht für die Realschule - geeignet ist und das dies auch nicht an einer mangelnden Förderung liegt,

sondern dass manche Kinder einfach zu dumm oder zu faul für diese Schulen sind und manche Kinder einfach auch keinen Bock auf eine so lange Schulzeit haben.

- weil Sozialpolitiker*innen öffentlich erklären werden, dass der Personal-mangel im sozialen Bereich (Rettungsdienst, Kranken- und Altenpfleger*innen, Kinderbetreuung) nicht an der zu geringen Bezahlung, sondern an den Arbeitsbedingungen (Belastung, Arbeitszeitüberschreitungen, ...) liegt. Sie werden außerdem öffentlich erklären, dass alle Bereiche der Wirtschaft (Handwerk, Industrie, Dienstleistung, ...) über zu wenig Nachwuchs klagen, ohne dass dort die Löhne des sozialen Bereichs auch nur ansatzweise erreicht würden.
- weil die Verkehrspolitiker generell auf den Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen verzichten werden, da neue Konzepte zur Energiewende und zum Klimaschutz dies (eigentlich seit Jahren) erforderlich machen.
- weil sich Politiker aller Parteien darauf verständigen werden die Deutsche Bahn zu entprivatisieren, damit das Erzielen von Gewinn wieder zweitrangig wird und alle Gelder zugunsten der Klimawende in die Infrastruktur und das Personal gesteckt werden können.
- weil die Politiker der FDP den Kopf so lange schräg halten werden, bis das Gehirn zusammengelaufen sein wird und dann plötzlich erkennen werden, dass Autos weniger Energie verbrauchen, wenn es ein Tempolimit auf Autobahnen gibt. Sie werden erkennen, dass man Deutschen, welche als Urlaubsweltmeister global Geschwindigkeitsbegrenzungen akzeptieren, dies auch in Deutschland zumuten kann, ohne zu kollabieren.
- weil genug Bayer*innen vor der Wahl erkennen werden, dass Bayern keine Erfindung der CSU ist und nach einem Regierungswechsel Bayern nicht verschwinden wird.

Wo bleibt die Reaktion der Bundesregierung und der EU

In einem demokratischen Land bildet eine stramm konservative Partei mit rechtsextremen Parteien und Hardcore-Religiösen eine Regierung. Üblicherweise folgt ein Aufschrei des aufgeklärten Westens, der liberalen Demokratien mit Rechtsstaat, wenn so eine „spannende“ neue Regierung schon vorher ankündigt das Rechtssystem umzubauen und manche Bevölkerungsgruppen zu benachteiligen. Religiöse Fanatiker in der Regierung führen normalerweise zu Sanktionen (Iran, Afghanistan), aber das gilt nur für islamistische Muslime. Die strenge bis wörtliche und intolerante Auslegung des christlichen oder jüdischen Glaubens ist allerdings nicht schlimm – denn das sind die „Guten“. Religiöser Fanatismus darf eigentlich in keinem liberalen demokratischen Rechtsstaat möglich sein, muss aus jeder Regierung ferngehalten werden – außer es handelt sich um Israel. Wenn in Israel ein zukünftiger Ministerpräsident eine Koalition mit Extremisten (rechts + religiös) eingeht um einer Anklage zu entgehen (Immunität), dann wird im Westen geschwiegen. Hallo! Aufwachen! Kritik an der israelischen Regierungsbildung ist kein Antisemitismus! Auch nicht alle Juden sind Heilige und ein Glauben schützt nicht vor Kritik – frag nach bei den meisten Muslimen, welche kritisch betrachtet werden ohne extrem zu sein. Mit Muslimfeindlichkeit bzw. –kritik wird sogar Wahlkampf gemacht. Also EU und Bundesregierung: Androhung von Sanktionen gegen Israel wäre das Mindeste um halbwegs glaubwürdig zu sein.

Übrigens: Ich finde jüdisches Leben in Deutschland nicht toll oder besonders würdigenswert. Ich finde aber auch christliches oder muslimisches Leben nicht toll oder besonders würdigenswert. Religionsfreiheit ist ein Verfassungsgrundsatz und wenn Menschen nach der Verfassung leben, dann sollte das der normale und gesellschaftliche Konsens sein. Glauben ist Privatsache und jeder Mensch darf in Deutschland glauben was er will, solange er andere damit nicht beeinträchtigt. Halt! Ausnahme! Die christlichen Kirchen dürfen die Bevölkerung mit ihrem nicht religiösen Glockengeläut (Uhrzeit!) nerven, obwohl die Konfessionslosen (42%) die größte „Glaubensgemeinschaft“ in Deutschland sind. Zusätzlich Morgen- und Abendläuten!